



Junge Leute für Austauschjahr 2016/2017 in die USA :

Jetzt für Parlamentarisches Patenschafts-Programm bewerben



Gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag sucht der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) junge Bewerberinnen und Bewerber für das Austauschjahr 2016/17, die als Stipendiat des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) vom Deutschen Bundestag und dem US Kongress für ein Jahr in den USA leben möchten.

Durch das PPP-Stipendium werden die Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungskosten

übernommen, nicht aber Taschengeld. Die Stipendiaten leben in der Regel in Gastfamilien.

„Die Deutsch-Amerikanische Freundschaft ist einer der wichtigsten Pfeiler der deutschen Außenpolitik. Deshalb freue ich mich, dass es mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm vom Deutschen Bundestag und dem US Kongress ein Jugendaustauschprogramm gibt, welches das gegenseitige Verständnis für die Lebens- und Denkweise in dem jeweils anderen Land fördert. Ich hoffe, dass viele junge Menschen aus meinem Wahlkreis die Gelegenheit ergreifen und sich für dieses interessante Programm bewerben“, kommentiert Henning Otte sein Engagement für das Parlamentarische Patenschafts-Programm.

Bewerben können sich für das PPP Schülerinnen und Schüler mit erstem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die zum Zeitpunkt der Ausreise (Stichtag: 31. Juli 2016) mindestens 15 Jahre und höchstens 17 Jahre alt sind.

Junge Berufstätige/Auszubildende mit erstem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland müssen zum Zeitpunkt der Ausreise (Stichtag: 31. Juli 2016) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen höchstens 24 Jahre alt sein. Teilnahmeberechtigt sind auch arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Ausbildung.

Die Bewerbungsunterlagen für das Parlamentarische Patenschafts-Programm können in den Wahlkreisbüros des Bundestagsabgeordneten Henning Otte in Celle und Uelzen (Adressen auf der letzten Seite) abgeholt werden.



Die Bewerbungsbroschüre des Bundestages kann in den Wahlkreisbüros in Celle und Uelzen abgeholt werden.

Foto: Deutscher Bundestag

Das Programm sieht für Schülerinnen und Schüler für die Dauer eines Schuljahres den Besuch einer amerikanischen Highschool vor, während junge Berufstätige Unterricht an einem Community College oder einer vergleichbaren Bildungsstätte erhalten und ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb absolvieren.

Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Chance bei Bahnstrecken nutzen	Seite 3
Antwort zum Wolf	Seite 4
Aus der Presse	Seite 5

Neues aus dem Bundestag

Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu den Gipfeln Östliche Partnerschaft in Riga, zum G7-Gipfel in Elmau und zum EU-Celac-Gipfel in Brüssel. In ihrer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin die Schwerpunkte der Bundesregierung für die Beratung auf den bevorstehenden drei Gipfeln erläutert und ist dabei auch auf aktuelle Entwicklungen eingegangen.

Beim Gipfel zur östlichen Partnerschaft wird die Implementierung der Assoziierungsabkommen und Freihandelszonen mit Moldau, der Ukraine und Georgien im Mittelpunkt stehen. Auch werden besonders angepasste Angebote und Reformen für Belarus, Armenien und Aserbaidschan besprochen, die wichtige Bindeglieder zu Russland sein können.

Beim G7-Gipfel werden traditionelle Themen wie Weltwirtschaft, Handel, Energie, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Entwicklung besprochen. Deutsche Schwerpunkte im Rahmen der G7-Präsidentschaft sollen auf den Themen Gesundheit, Frauen, Umwelt und auf der Stärkung sozialer und ökologischer Standards in Lieferketten liegen.

Der EU-Celac-Gipfel dreht sich um die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft der beiden Wirtschaftsregionen. Lateinamerika ist eine Region der Chancen, zu deren Entwicklung Europa Know-how anbieten kann.

Insgesamt sind alle drei Gipfel für Deutschland von großer Bedeutung, denn um die Vielzahl internationaler Krisen in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten, die Bedrohung durch internationalen Terrorismus und die Ebola-Epidemie zu bewältigen, ist eine enge Abstimmung und ein gemeinsames Handeln mit unseren Partnern entscheidend.

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Tarifeinheit. In zweiter und dritter Lesung haben wir das Gesetz, mit dem wir die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie dauerhaft sichern wollen beschlossen. Die Frage einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit haben wir lange diskutiert. Aus Teilen der Wirtschaft und der Gewerkschaften wird sie für notwendig erachtet. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, lenken wir den Tarifpluralismus in geordnete Bahnen. Dabei sind verschiedene Stufen vorgesehen: Von der vereinbarten Tarifpluralität über Tarifgemeinschaften bis hin zur Einführung des Mehrheitsprinzips für den Fall, dass sich in einem Betrieb die Tarifverträge überschneiden. Die Rechte der Minderheitsgewerkschaften werden berücksichtigt. Unverändert bleibt, dass über die Verhältnismäßigkeit eines Streiks im Zweifel die Gerichte zu befinden haben, nicht der Gesetzgeber. Das Gesetz ist keine Antwort auf die aktuelle Streiksituation. Das kann es auch nicht bewirken. Die Verfassungsministerien haben den Gesetzentwurf intensiv geprüft und die



Verfassungsmäßigkeit bescheinigt. Einige in unserer Bundestagsfraktion teilen diese Auffassung allerdings nicht.

Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2015. In zweiter und dritter Lesung haben wir den Nachtragshaushaltsplan für 2015 beraten und beschlossen. Wir haben die im Bundeshaushalt 2015 ausgebrachte noch globale Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7 Milliarden Euro den jeweiligen Politikbereichen zugeordnet und damit die Voraussetzung für konkrete Investitionsplanungen der Ressorts geschaffen. Darüber hinaus unterstützen wir die Kommunen mit dem Investitionsförderungsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden. Insgesamt steigen die Nettoausgaben des Haushaltsplans 2015 damit um 3,5 Milliarden Euro. Neue Schulden müssen dafür nicht gemacht werden, der Etat bleibt ausgeglichen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN) von 1982. Mit der Operation ATALANTA sorgt Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern seit 2008 für die Sicherheit vor der Küste Somalias. Seit Beginn der Mission sind die Piratenangriffe stark zurückgegangen. 2014 gab es nur noch vier versuchte Überfälle auf Handelsschiffe, seit 2012 war kein Überfall mehr erfolgreich. Seit 2008 wurden außerdem 179 Schiffe des World Food Programm und 121 Schiffe von AMISOM nach Mogadischu begleitet, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die deutsche Beteiligung an der erfolgreichen Operation haben wir nun nach dem Antrag der Bundesregierung bis Mai 2016 verlängert. Die Personalobergrenze wird von 1.200 Soldaten auf 950 verringert.

Schüler aus Uelzen zum Zukunftstag in Berlin

Jan Scholz (13) aus Ebstorf, Schüler des Lessing-Gymnasiums, verbrachte den Zukunftstag beim heimischen Bundestagsabgeordneten Henning Otte (CDU) in Berlin. Neben einer Besichtigung des Reichstagsgebäudes und einem Besuch des Abgeordnetenbüros nahm er auch an einer Plenarsitzung des Bundestages teil. „Es ist ein sehr interessanter Tag mit vielen neuen Eindrücken“, freute sich Jan Scholz im Gespräch mit Henning Otte. Einziger Wermutstropfen war, dass er wegen des Streiks der Bahn nicht so lange in Berlin bleiben konnte, wie es ursprünglich geplant war.



Jan Scholz verbrachte den Zukunftstag mit Henning Otte im Deutschen Bundestag in Berlin.

Foto: Flasche

Geld für Investitionen und Unterstützung der Kommunen

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015, den wir in dieser Woche beschlossen haben, legen wir die Verteilung des 10-Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen fest. Wir machen damit den Weg frei für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018. Unsere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Umwelt. So sichern wir langfristiges Wachstum und machen Deutschland zukunftsfest. Um den Kommunen einmal mehr kräftig unter die Arme zu greifen, haben wir in dieser Woche das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern verabschiedet. Damit auch finanzschwache Kommunen investieren

können, enthält es den neuen, mit 3,5 Milliarden Euro ausgestatteten „Kommunalen Investitionsförderungsfonds“, überdies eine Aufstockung der für 2017 vorgesehenen Kommunalentlastung von 1 Milliarde auf dann 2,5 Milliarden Euro sowie jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 zur Unterstützung der Länder und ihrer Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Mit dem Nachtrag steigen die Ausgaben 2015 um 3,5 von 299,1 auf 302,6 Milliarden Euro. Neue Schulden müssen dafür aber nicht gemacht werden. Der zugewonnene Spielraum beruht auf unserer Haushaltsdisziplin, gesunkenen Zinsausgaben, Bundesbankgewinn und Steuermehreinnahmen. Konsolidieren und Investieren, das ist die Handschrift von CDU und CSU

Erdgasgewinnung ermöglichen

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) sieht in dem aktuellen Gesetzentwurf zum Fracking einen ausgewogenen Kompromiss zwischen Umweltschutz und nationalen Interessen der Energieversorgung. Der Entwurf zielt darauf ab, in einem festgelegten gesetzlichen Rahmen auch zukünftig die Erdgasförderung in einer juristischen Form des Verbots mit Genehmigungsvorbehalts zuzulassen. „Wir können dabei Umweltstandards setzen, mit dem Ziel, dass andere Länder diese übernehmen. Ungeachtet von Importen müssen wir uns auf klare Normen einigen, um den Technikvorsprung, den wir insbesondere hier in Celle haben, halten zu können, auch um tausende, qualifizierte Arbeitsplätze im Bohrservicegewerbe zu stützen.“

Hintergrund ist, dass Erdgas auch in den

kommenden Jahrzehnten einen wesentlichen Teil der Energieversorgung stellen wird, da gegenwärtig immer noch rund 75 % aus herkömmlichen Energieträgern gewonnen wird. Mit dem Komplett-Ausstieg aus der Kernkraft wird Gas im Energiemix wichtiger werden, auch für grundlastfähige Reservekraftwerke, da es von den fossilen Brennstoffen der umweltfreundlichste ist. „Auch dürfen wir uns nicht weiter von den Importen aus zunehmend unsicheren Staaten abhängig machen.“

„Ich bin zuversichtlich, dass mit dem Gesetzentwurf ein Ausgleich der Interessen geschaffen wird. Mir ist besonders an der Rechtssicherheit gelegen, damit die Technologieführerschaft in Deutschland erhalten bleibt und auch der Schutz unseres Wasser als Lebensgrundlage gewährleistet wird“, so Otte.

Wolf wird zum Testfall für den Naturschutz

Seit der Rückkehr des Wolfes nach Deutschland im Jahr 2000 hat sich seine Anzahl und Verbreitung rasant entwickelt. Wurden die Tiere in den ersten Jahren kaum wahrgenommen, so häufen sich in letzter Zeit die Probleme.

Aus diesem Grund hatte sich der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) mit einem umfassenden Fragenkatalog an die Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks gewandt. Hierauf hat er nun Antwort bekommen.

„Auf meine Frage nach einem nationalen Wolfsmanagement habe ich leider nur eine ausweichende Antwort erhalten“, so Henning Otte. Das Ministerium verwies auf Managementpläne der Länder. „Angesichts der Ausbreitung und stark steigenden Zahl der Wölfe hätte ich erwartet, dass man nun nationale Ziele definiert und einen entsprechenden Managementplan erarbeitet. Dies lässt sich aus der Antwort jedoch nicht erkennen.“

Die vom BMUB vorgelegten Bestandszahlen von ca. 70 adulten Wölfen in ganz Deutschland im „Wolfsjahr 2013/14“ (bis 30 April 2014) bei 25 Rudeln, 8 Paaren und 3 Einzelwölfen sind dabei keine Beruhigung, sondern zeigen die ganze Entwicklungsdynamik beim Wolf. Die Zahl der Rudel dürfte inzwischen weit gestiegen sein und die Zahl der ausgewachsenen Tiere erheblich. Auch sind viele neue junge Wölfe hinzugekommen. Dies erklärt dann auch die rasant steigende Zahl von Sichtungen.

„Die bisherigen Aussagen des Naturschutzes, der Wolf sei scheu, lebe zurückgezogen und besiedele nur die unberührte Natur, haben sich als völlig falsch erwiesen. Wer den Wolf will, muss endlich auch



Wolf im Profil.

Foto: Malene Thyssen (www.wikipedia.de)(CC BY-SA 2.5)

Antworten auf die drängenden Fragen der Bevölkerung liefern. Hier fehlt mir vom Bundesumweltministerium als auch vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) in Hannover ein Plan mit wissenschaftlichen und praxisorientierten Lösungen“, so Henning Otte. Auch im Umgang mit Problemen gelangen einige Bundesländer an ihre Grenzen. Insbesondere das Land Niedersachsen hat auf Probleme mit dem Rudel auf dem Truppenübungsplatz Munster erst spät und zögerlich reagiert. Auch die Unterstützung für die Weidetierhalter fällt unbefriedigend aus. Deutschland hat weltweit die größte Wolfsdichte in bewohnten Gebieten. Gleichzeitig zeigen einige Wölfe (z.B. auf dem Truppenübungsplatz Munster) keinerlei Scheu vor den Menschen, da sie diese bisher nicht als Gefahr wahrgenommen haben. Weitere Probleme im zukünftigen Zusammenleben zwischen Mensch und Wolf sind somit vorprogrammiert.

Tiere, die keinerlei Scheu vor dem Menschen haben, können schnell zu einer Gefahr werden. Das MU ist für den Naturschutz und für den Umgang mit diesen Tieren in unserem Lande zuständig.

„Ich erwarte, dass das BMUB seiner Verantwortung gerecht wird und einen nationalen Plan erstellt, wo und wie viele Wölfe wie leben können und sollen. In Niedersachsen, wo sich in letzter Zeit die Probleme häufen, muss die Landesregierung endlich schneller handeln. Wer will, dass der Wolf in Deutschland dauerhaft akzeptiert wird, darf die gesellschaftliche Akzeptanz nicht bereits im Vorfeld aufs Spiel setzen. Die Sicherheit des Menschen muss bei allem im Vordergrund stehen. Bundesumweltministerin Hendricks hat mit ihrem Antwortschreiben klar zum Ausdruck gebracht, dass die Länder gefordert sind. Ich erwarte vom niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel, dass er endlich die Sorgen der Bürger wahrnimmt.“



Europäisches Wolfspaar. Foto: Gunnar Ries (www.wikipedia.de)(CC BY-SA 2.5)

Aus der Presse...

Bild Zeitung am 08.04.2015

„Tsipras sollte es nicht wagen, Russland einen Keil in die Nato treiben zu lassen.“

Henning Otte zum Treffen des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras mit Vladimir Putin in Moskau.

Die Bundeswehr (Magazin des Deutschen Bundeswehrverbandes) 4/2015

„Neben dem richtigen sicherheitspolitischen Kurs und moderner Ausstattung und Ausrüstung sind insbesondere die Menschen die entscheidende Säule für gute und schlagkräftige Streitkräfte. ... Mit dem Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes sind wir diesem Ziel (die Bundeswehr zu einem attraktiveren Arbeitgeber zu machen) in Siebenmeilenstiefeln näher gekommen.“

Henning Otte zum neuen Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr.

Augengeradeaus.net am 21.04.2015

„Unsere Soldaten verdienen die bestmögliche Ausrüstung. Auf diese müssen sie auch in Extremsituationen vertrauen können. Schon aus Verantwortung und Fürsorge gegenüber unseren Soldaten, brauchen wir jetzt eine schnelle und umfassende Übergangslösung.“

Henning Otte zu dem Präzisionsproblem beim Sturmgewehr G36.

Bundeswehr-journal.de am 12.05.2015

„Angesichts der Flüchtlingstragödie im Mittelmeer ist die humanitäre Soforthilfe das Gebot der Stunde. Wir können nicht warten und zusehen, wie Frauen und Kinder bei der gefährlichen Überfahrt auf abgewrackten Schiffen vor der Küste Europas ums Leben kommen.“

„Um den Schleppern das Handwerk zu legen und die Ursachen der Flüchtlingssituation zu beseitigen, benötigen wir schnellstmöglich eine gemeinsame europäische Strategie. Ziel muss es sein, dass die Menschen sich gar nicht erst auf die gefährliche Überfahrt begeben.“

Henning Otte zum Einsatz der Bundeswehr im Mittelmeer und der Rettung von Bootsflüchtlingen

Die Welt am 19.05.2015

„Das Ministerium hat dem Bundestag sehr transparent alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt. Ein Untersuchungsausschuss verspricht in diesem Fall keinen Erkenntnisgewinn, sondern wäre nur ein politisches Kampfinstrument.“

Henning Otte zum Vorstoß der Grünen, einen Untersuchungsausschuss zum G36 Gewehr einzusetzen.

Allgemeine Zeitung Uelzen am 5. Mai

"Nach meiner Auffassung müssen Wege gefunden werden, dass die privaten Dienstleister in Zukunft keine ‚Rosinenpickerei‘ mehr betreiben können!"

Henning Otte zum Breitbandausbau im ländlichen Raum.

Cellesche Zeitung am 8. Mai

"Eine derartige finanzielle Unterstützung wäre insbesondere für Bergen, eventuell auch für Celle, eine zusätzliche Chance, neue und zukunftsfeste Strukturen aufzubauen."

Henning Otte über die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Städtebauförderung zur Abmilderung der Folgen von Konversion (Umwandlung/Aufgabe von militärischen Einrichtungen).

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Dr. Svend Moeller



Sophie von Magnis



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und ViSdP.:
Henning Otte, MdB

